

Presseinformation



Frei zur Veröffentlichung: sofort
Datum: 24.08.2010

SPD will Klarheit zum weiteren Vorgehen bei K-L Trasse

Umbau des Eppertshäuser Knotens als Alternative im Visier

(Rödermark) Die SPD-Fraktion will nach Abweisung der Klage durch das Verwaltungsgericht Kassel gegen den Planfeststellungsbeschluss für eine Umfahrung von Dreieich-Offenthal Klarheit zum weiteren Vorgehen der Stadt Rödermark bei der K-L Trasse. In einer Anfrage an den Magistrat will sie wissen, wie der Magistrat das Urteil bewertet und welche Chancen auf eine Revidierung des Urteils bestehen. Zudem konkretisiert die SPD-Fraktion ihre Ziele und fordert in einem Antrag den Magistrat auf, mit der Gemeinde Eppertshausen konkrete Verhandlungen zum Umbau des Eppertshäuser Knotens zu führen.

„Wir müssen alle Chancen nutzen, um eine verkehrliche Mehrbelastung im Stadtteil Urberach nicht zuzulassen“, so SPD-Fraktionsmitglied Norbert Schultheis. „Daher wollen wir Klarheit zum weiteren Vorgehen der Stadt Rödermark“. Keinesfalls werde sich die SPD-Fraktion dem Schicksal ergeben sondern nach machbaren Alternativen suchen, bekräftigte Fraktionschef Lauer.

Schultheis und Lauer machten klar, dass Anlass beider gestarteten Initiativen eine Anfrage an Verkehrsminister Posch (FDP) sei. Dieser hatte in seiner Antwort erklärt, dass insbesondere der Stadtteil Urberach nach dem Umbau der Ortsumfahrung Offenthal mit Mehrverkehr zu rechnen habe – was seine Parteifreunde in Rödermark vehement bestreiten. Ebenso seien die Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der stattgefunden Moderation aus Sicht der Landesregierung erschöpft. Eine eigene Umfahrung Urberachs sei wegen hoher ökologischer Risiken allenfalls langfristig zu erwarten. Weitere Vorschläge für Urberachs Entlastung lägen derzeit nicht vor, so Posch in seiner Antwort. „Wenn das alles ist, was die Regierung des Landes Hessen in Persona des Verkehrsministers dazu zu sagen hat, kann das die SPD-Fraktion nur als verkehrspolitischen Offenbarungseid verstehen“, so Lauer. Die künftige Politik Rödermarks stehe daher unter dem Motto: Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner.

Deshalb soll der Magistrat zunächst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Mitte September mögliche Formen der möglichen rechtlichen Auseinandersetzung beschreiben und die damit verbundenen Chancen und Risiken darstellen. „Wir wollen genau wissen, welche Erfolgsaussichten bestehen und wie diese bewertet werden“, so Schultheis.

Alleine auf eine rechtliche Auseinandersetzung will sich die SPD aber nicht verlassen. Sie sieht gute Aussichten für ihren Antrag zum Umbau des Eppertshäuser Knotens und fordert den Magistrat daher auf, die Chancen für einen Umbau mit der Gemeinde Eppertshausen zu klären und hierzu mit dieser in konkrete Verhandlungen zu treten. Nach Ansicht der SPD würde

ein Umbau des Eppertshäuser Knotens für sich alleine schon Rödermark entlasten. Da offenbar auch in der Gemeinde Eppertshausen ein Umbau des Knotens positiv gesehen wird, ist es aus Sicht der SPD naheliegend, dass beide Gemeinden beim Träger der Straßenbaulast den Umbau des Knotens beantragen könnten.

Die Verhandlungen über ein sogenanntes „Konsenspapier“ zur K-L Trasse seien ohne wenn und aber gescheitert, die verkehrliche Bedeutung einer K-L-Trasse nun auch offiziell festgestellt. Daher müsse als Alternative zur rechtlichen Auseinandersetzung auch eine politische Entscheidung zum Umbau des Eppertshäuser Knotens forciert werden, formulieren Schultheis und Lauer die Intention ihrer Fraktion abschließend.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer
Mobil: 0173 – 3016161
Email: lauer@spd-roedermark.de